



Dorfrückkehr behindert

Trotz der Dorfrückkehrprojekte können immer noch über 30.000 Familien nicht in ihre Dörfer zurückkehren. Rückkehrwillige werden dazu gedrängt, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem sie erklären, dass ihr Dorf nicht niedergebrannt worden ist und sie aus freiem Willen ihre Heimat verlassen haben. Wie Aydin Avras aus dem Dorf Doruklu im Kreis Gevas in der Provinz Van erklärt, wurde sein Dorf 1997 von Dorfschützern und Militärs niedergebrannt. Die Antwort des Landratsamtes auf seinen Antrag auf Dorfrückkehr beschreibt Avras folgendermaßen: „In der Antwort des Landratsamtes heißt es, unser Dorf sei von niemandem niedergebrannt worden. Aber tatsächlich befindet es sich noch im gleichen Zustand, wie an dem Tag, als sie es niedergebrannt haben. Niemand lebt dort. Unser Dorf ist voller abgebrannter Häuser, explodierten Geschossen und Munitionsmüll. Waren es denn Geister, die das Dorf angezündet haben? Ich bin hingefahren und habe einen Haufen Geschosshülsen mitgebracht. Auf allen sind Aufschriften, die sehr deutlich zeigen, wer für die Zerstörung verantwortlich ist.“ Aufgrund des Drucks von Dorfschützern und Militär sei ein großer Teil der Bewohner bereits 1994 dazu gezwungen gewesen, auszuwandern. „1997 schließlich ist das Dorf vollständig zerstört worden. Vorher haben sie das Dorf ständig überfallen und uns bedroht, dass sie uns nicht am Leben lassen würden, weil wir die PKK unterstützen würden. Bei jedem Überfall haben sie Nahrungsmittel und unseren Besitz gestohlen. Als ich vom Militär zurückgekommen bin, musste ich feststellen, dass meine Familie sich aufgrund der Repression in Van niedergelassen hat. Als ich meinen Militärdienst für den Staat abgeleistet habe, haben die Soldaten des Staates mein Dorf niedergebrannt. Wir wollen endlich in unser Dorf zurückkehren.“

30 000 Familie warten auf ihre Rückkehr

Laut Angaben eines Berichtes der Parlamentarischen Untersuchungskommission wurden zwischen 1997 und 1998 905 Dörfer und 2943 Siedlungen zerstört. Ein Bericht von GÖC-Der kommt dagegen auf ungefähr 4000 zerstörte und entvölkerte Dörfer. Von 2048 Dörfern konnten die Namen festgestellt werden.

Mit Beendigung der gewalttätigen Auseinandersetzungen begannen die Flüchtlinge, sich an die zuständigen Stellen mit der Forderung nach Dorfrückkehr zu wenden. Nach Angaben von GÖC-Der haben in den Jahren 1998 bis 2002 53.750 Familien über GÖC-Der und HADEP Gesuche zur Rückkehr gestellt. Von diesen Familien seien 23.079 in ihre Dörfer zurückgekehrt, weitere 30.669 Familien warten noch auf die Möglichkeit, zurückzukehren.

Nach Angaben des ehemaligen Innenministers Muzaffer Ecemis sind im Rahmen des Dorfrückkehrprojektes zwischen Juni 2000 und Juni 2002 insgesamt 9082 Haushalte und 51.152 Personen zurückgekehrt. Die jüngsten vom OHAL-Gouverneur veröffentlichten Zahlen gehen von 54.000 zurückgekehrten Personen aus. (Quelle: Özgür Politika, 26.11.2002)

Sterilisationen an der Tagesordnung: Schwere Menschenrechtsverletzungen an kurdischen Frauen angeprangert

Das Kurdische Frauenbüro für Frieden mit Sitz in Düsseldorf hat am vergangenen Wochenende Sterilisationen kurdischer Frauen angeprangert: „Stellen Sie sich vor, Sie sind eine Frau in einer Gegend in Kurdistan, in die sich selten ein Arzt verirrt. Und dann kommen gleich drei Ambulanzen, erzählen Ihnen etwas über notwendige Gesundheitsmaßnahmen in einer Sprache, die Sie nicht beherrschen, bringen sie in ein Krankenhaus in die nächste Stadt. Dort werden Eingriffe an Ihnen vorgenommen, die Sie nicht verstehen und über die Sie aus Scham nicht sprechen können. Und nach Monaten stellen Sie fest, daß Sie keine Kinder mehr bekommen können.“

So erging es dem kurdischen Frauenbüro zufolge am 16. Januar 2002 mindestens 17 Frauen aus der Ortschaft Özekli im Südosten der Türkei. Öffentlich gemacht worden sei der Fall auf dem „Symposium zu Gewalt gegen Frauen und Medizin“ durch die Vorsitzende der Frauenkommission der Anwaltskammer von Diyarbakir, Meral Danis.

Nachforschungen haben ergeben, daß ein dem Gouverneur von Diyarbakir unterstelltes Ärzteteam in dem betreffenden Fall von Haus zu Haus gegangen ist und die Frauen ins Krankenhaus gebracht wurden. Die Betroffenen wußten nicht einmal, weshalb sie operiert werden. Wie Danis erklärte, seien ähnliche Fälle auch aus Mardin, Adiyaman, Adana und Van bekannt geworden.

Sterilisierungsmaßnahmen gegen kurdischen Frauen wurden bereits Mitte der 90er Jahre durchgeführt, als der türkische Nationale Sicherheitsrat erklärte, daß der Bevölkerungszuwachs des kurdischen Bevölkerungsteils eine »Gefahr für die Türkei« darstelle. Es wurde daraufhin ein Maßnahmenpaket zur »Bevölkerungsregulierung« beschlossen. Damals wurden Frauen mit Hormonspritzen unfruchtbar gemacht. Seitdem sind immer wieder ähnliche Fälle bekanntgeworden. Die betroffenen Frauen werden entweder ohne ihr Wissen sterilisiert oder mit verschiedenen Methoden unter Druck gesetzt, damit sie den Eingriff an sich vornehmen lassen. Organisationen wie das Frauenzentrum Selis in Diyarbakir, der türkische Menschenrechtsverein IHD sowie Ärzte- und Anwaltskammer führen zur Zeit weitere Nachforschungen zu dieser besonderen Form von Menschenrechtsverletzung. (Quelle: Junge Welt, 27.11.02 und DEMA NU, 30.11.02)

Anwältin zum Schweigen verurteilt: Die türkische Menschenrechtsanwältin Eren Keskin ist ab sofort mit einjährigem Berufsverbot belegt

Die bekannte Istanbuler Menschenrechtsanwältin Eren Keskin ist mit einem einjährigen Berufsverbot belegt worden. Gestern beantragte sie dagegen vor Gericht eine einstweilige Anordnung. Doch auch die Entscheidung über den Eilantrag kann bis zu zwei Monate dauern, während der Eren Keskin nicht als Anwältin arbeiten darf. Damit verstummt eine Stimme, die seit Jahren Menschenrechtsverlet-

zungen in türkischen Gefängnissen anprangert, vor allem die sexuelle Folter an Frauen.

Keskin, stellvertretende Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, hat 1997 in Istanbul ein Projekt gegründet, das in Haft vergewaltigten Frauen Rechtshilfe anbietet. Mehr als 150 Frauen haben sich seither an sie gewandt. Die Prozesse, in denen sie einige dieser Frauen vor Gericht vertritt, kann Keskin nun nicht weiterführen.

Ausgesprochen hatte das Berufsverbot die Nationale Anwältekammer in Ankara bereits im Juli. Jetzt wurde die Entscheidung der 43-jährigen Rechtsanwältin mit einer Bestätigung vom Justizministerium zugestellt und damit sofort gültig.

Das Verbot hat eine lange Vorgeschichte: Bereits im Februar 1997 war Keskin zu 13 Monaten Haft verurteilt worden, weil sie in einem Zeitungsinterview das Wort "Kurdistan" verwendet hatte, was das Istanbuler Staatssicherheitsgericht als "Separatismus" wertete. Die Haftstrafe wurde 1999 aufgrund einer Teilamnestie zur Bewährung ausgesetzt. Doch das Disziplinarverfahren bei der Anwältekammer lief weiter und endete nun mit dem einjährigen Entzug der Zulassung.

Es war nicht das erste und auch nicht das letzte Verfahren, mit dem türkische Gerichte der engagierten Anwältin die Arbeit erschweren. Eren Keskin nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn sie die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei anprangert und die dominante Rolle des Militärs in der Politik kritisiert. Das lieferte den Staatsanwälten immer wieder Gründe, sie etwa wegen "Aufstachelung zum Hass" oder "Verleumdung des Militärs" anzuklagen. 1995 saß sie sechs Monate in Haft. Gegenwärtig laufen mehr als hundert Verfahren gegen sie. Amnesty international hat unlängst eine Kampagne für sie gestartet. *(Quelle: taz, 30.11.2002)*

Strafe für Verlegerin

Sakine Yalçın, Besitzerin des Verlages Subat wurde vom SSG Istanbul zu einer Geldstrafe von 7 Milliarden TL verurteilt, da das Buch "Ozean in einem Tropfen" Propaganda für eine illegale Organisation enthalten soll. *(Quelle: Evrensel vom 24.11.2002)*

Verfahren gegen Folterer

Nach Mitteilung des Justizministeriums wurden letztes Jahr 32 Verfahren gegen 122 Polizisten, 29 Soldaten, 5 Gefängniswärter und 2 Ärzte wegen Folter geführt. Ein Polizeibeamter wurde zu einer Haftstrafe von 3 Monaten verurteilt. Zwischen Januar und Juni dieses Jahres sollen in weiteren 18 Verfahren 88 Polizeibeamte und 6 Soldaten wegen Folter angeklagt worden sein. In 6 Verfahren wurden 9 Beamte verurteilt; die Strafen jedoch zur Bewährung ausgesetzt, 31 Beamten wurden freigesprochen. *(Quelle: Evrensel-DIHA-Cumhuriyet-Yeni-Safak vom 23.11.2002)*

Folter in Istanbul

Ümit Tunç (19) sagte, dass er auf der Polizeiwache in Yakacik (Kartal-Istanbul) gefoltert wurde. Am 23. November seien er und sein Freund Kenan Topçuoğlu von jemandem mit einem Messer angegriffen worden. Sein Freund sei ins Krankenhaus in Pendik eingewiesen worden und er habe eine Aussage auf der Polizeiwache Yakacik machen sollen. Da er keine Angaben über den Angreifer machen konnte, sei er von einem Beamten mit dem Namen

Ibrahim 20 Minuten lang misshandelt worden. Der Beamte habe ihn gezwungen, sich nackt auszuziehen, unter eiskaltem Wasser zu stehen und habe ihm Fausthiebe auf die Brust versetzt. Nach der Freilassung ging Tunç zum Krankenhaus in Pendik und erhielt ein Attest über Schläge. *(Quelle: Evrensel vom 27.11.2002)*

Folter in Hakkari

Nadir Çiftçi, Resul Çiftçi und Kemal Ege erhoben Folttervorwürfe gegen Beamte auf dem Polizeipräsidium Hakkari. Resul Çiftçi und Kemal Ege wurden am 17. November wegen unerlaubtem Grenzübertritt an der Grenze zum Iran festgenommen. Sie wurden gegen Zahlung einer Strafe von 54 Millionen TL wegen Vergehens gegen das Passgesetz wieder freigelassen. Am 19. November wurden sie in Hakkari erneut festgenommen. Nadir Çiftçi vom Dorf Bay wurde ebenfalls festgenommen. Sie wurden wegen Unterstützung der PKK/KADEK verhört und später in U-Haft genommen. Ihr Anwalt Mikail Demiroglu sagte, dass seine Mandanten im Postraum des Staatskrankenhauses in Hakkari untersucht worden seien. Bei den Verhören durch den Staatsanwalt und den Richter seien Polizeibeamte anwesend gewesen, so dass sie keine echten Aussagen machen konnten. Nadir Çiftçi habe aus dem Mund geblutet und Blut im Urin gehabt, so dass er am 25. November ins Krankenhaus gebracht werden musste. Der IHD will die Vorwürfe untersuchen. *(Quelle: Özgür Gündem vom 28.11.2002)*

Folter in Dicle

Necdet Bozkurt warf der Polizei im Kreis Dicle (Diyarbakir) vor, ihn und seine Familie zu schikaniazen und gefoltert zu haben. Nach der Freilassung seines Bruders Yüksel Bozkurt (18) habe die Polizei am 26. November Schüsse auf ihn abgefeuert. Sein Bruder sei fortgelaufen. Er selber sei auf dem Nachhauseweg von Beamten in einem gepanzerten Fahrzeug angehalten und zur Abteilung zur Bekämpfung des Terrorismus gebracht worden. Der Kommissar Mehmet Acar habe ihn beschuldigt, seinen Bruder und die Familie zu oppositionellem Tun anzuhalten. Der Bruder sei beim Aufhängen von Plakaten beobachtet worden. Als Necdet Bozkurt angab, dass er nicht wisse, wo sich sein Bruder aufhielte, wurde er vom Kommissar und Mitgliedern eines Spezialteams geschlagen. In der derselben Nacht wurden sein Vater, Ebubekir Bozkurt und sein Onkel, Idris Kaya, festgenommen. Es seien 5 Wohnungen von Verwandten in Ergani und Egil durchsucht worden. Sein Onkel sei so arg verprügelt worden, dass er aus dem Mund blutete und sein Vater befinde sich immer noch in Haft, sagte Necdet Bozkurt. *(Quelle: Özgür Gündem vom 29.11.2002)*

Weitere Opfer im Todesfasten

Am 30. November starb Zeliha Ertürk im Staatskrankenhaus von Sisli (Istanbul). Sie befand sich seit 1996 in Haft. Nach den Operationen in den Gefängnissen waren sie von Ümraniye ins F-Typ Gefängnis in Kartal verlegt worden. Sie befand sich seit dem 3. Juni 2001 im Todesfasten. Am 1. Dezember starb Yücel Batu (33) im Krankenhaus Yesilyurt Atatürk in Izmir. Er war wegen Mitgliedschaft in der DHKP-C zu 12,5 Jahren Haft verurteilt und hatte die Aktion vor 8 Monaten im Gefängnis von Kiriklar begonnen. *(Quelle: Cumhuriyet vom 01./02.12.2002)*

Unterricht in Kurdisch

Das Strafgericht in Van sprach am 29. November Hasan Çiftçi, Ex-Vorsitzender der Lehrgewerkschaft Egitim-Sen, in Van vom Vorwurf nach § 312 TSG frei. Die Anklage war erfolgt, nachdem er sich am 11. Januar im Fernsehsender Medya TV zu Studenten geäußert hatte, die Unterricht in Kurdisch gefordert hatten. Am gleichen Tag wurden in Istanbul 22 Eltern vor dem SSG Istanbul freigesprochen, denen Unterstützung einer illegalen Organisation vorgeworfen worden war, weil sie Petitionen unterschrieben hatten, die Unterricht in der Muttersprache forderten. (Quelle: Özgür Gündem vom 30.11.2002)

Bombenexplosion in Asarlik

Am 30. November starben Halit Kaya und sein Stiefsohn Abdullah Vahap Dogan als Munition für Mörser auf einem militärischen Gelände bei Asarlik, Kreis Menemen (Izmir) explodierte. Die beiden Männer hatten dort den Müll nach verwertbaren Gegenständen durchsucht. (Quelle: Özgür Gündem vom 01.12.2002)

OHAL zu Ende

Am 30. November endete der Ausnahmezustand (OHAL) in den letzten 2 Provinzen (Diyarbakir, Sirkak). Am 19. Juli 1987 hatte OHAL das Kriegsrecht in den Provinzen Bingöl, Diyarbakir, Elazig, Hakkari, Mardin, Siirt, Tunceli und Van. Batman und Sirkak kamen hinzu, als sie zu Provinzen erklärt wurden (6 Mai 1990). (Quelle: TIHV vom 01.12.2002)

Begnadigung fürs Todesfasten

Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer begnadigte Saduman Kabaci, Leyla Alp, Haydar Özbilen, Muharrem Kursun, Sedat Felek und Ali Haydar Geçgin aufgrund schlechter Gesundheit wegen des Todesfastens. Aus dem F-Typ Gefängnis von Kandira wurde gemeldet, dass Turan Talay, Bilal Simsek, Ilhan Kozanli, Hasan Gülbahar und ein Idris nicht entlassen wurden, obwohl sie Atteste haben, dass sie nach Artikel 399 der StPO entlassen werden sollen. (Quelle: Cumhuriyet vom 03.12.2002)

Doch Ermittlungen wegen Folter

Der Verwaltungsrat der Provinz Ankara hat sich für Vermittlungen im Fall des Studenten Veli Kaya ausgesprochen. Er war am 6. November während einer Demo gegen den Hochschulrat in einen Keller gesperrt und verprügelt worden. Danach hatten Inspektoren des Polizeipräsidiums Ankara diese Aktion als legal erklärt, während gegen den Leiter der schnellen Eingreifstruppe, der die Freilassung des Studenten angeordnet hatte, ermittelt werden sollte. Nach der Entscheidung des Verwaltungsrats wird sich nun die Staatsanwaltschaft mit dem Fall befassen. (Quelle: Radikal vom 09.12.2002)

Minenopfer

Am 4. Dezember verstarb Ömer Akdogan (14) im Krankenhaus von Sirkak. Er war dort mit schweren Verletzungen eingeliefert worden, nachdem er in der Nähe des Dorfes Bölecik Kreis Beytüssebap (Sirkak) auf eine Mine getreten war. Hatun Yesiltepe (34) wurde schwer verletzt, als sie in der Nähe des Dorfes Ataçinar im Kreis Mazgirt (Tunceli) auf eine Mine trat. (Quelle: Özgür Gündem vom 05./07.12.2002)

Menschenrechtsgerichtshof verurteilt Türkei wegen Parteiverbot

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Auflösung der pro-kurdischen Partei DEP in der Türkei als Verstoß gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gerügt. Zugleich wiesen die Straßburger Richter die Regierung in Ankara am Dienstag an, dem ehemaligen DEP-Vorsitzenden Mehmet Hatip Dicle 200.000 Euro an Schadensersatz zu zahlen. Er solle diese Summe mit anderen ehemaligen Führungsmitgliedern der 1994 aufgelösten DEP teilen, heißt es in dem Urteil. (Quelle: AFP, 10.12.02)

Amnesty: Weiterhin systematische Folter in der Türkei

Kurz vor dem EU-Erweiterungsgipfel in Kopenhagen hat die Menschenrechtsorganisation Amnesty International der Türkei vorgeworfen, weiterhin systematisch zu foltern. "In der Praxis haben wir dokumentiert, dass Misshandlung und Folter nach wie vor systematisch angewandt wird", sagte Generalsekretärin Barbara Lochbihler am Dienstag im Infradio Berlin-Brandenburg. Die Türkei fordert von dem am Donnerstag beginnenden Gipfel ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen. (Quelle: dpa, 10.12.2002)

Konterguerilla weiter aktiv in der Türkei Türkei: Menschenrechtsverein IHD beklagt „Verschwindenlassen“ in kurdischen Gebieten

Ende November hatten Tausende Menschen das Ende des Ausnahmezustandes in den kurdischen Landesteilen der Türkei gefeiert. Doch die ersehnte Normalisierung ist nicht eingetreten. Die „Kräfte der Dunkelheit“, wie die Konterguerilla genannt wird, sind weiterhin aktiv. So meldete der türkische Menschenrechtsverein IHD jetzt zwei neue Fälle von „Verschwundenen“. Seit fast drei Wochen fehlt jedes Lebenszeichen von dem 41jährigen Siddik Kaya aus dem Dorf Karapinar in der Provinz Mus. Fast täglich wurde Kaya von der Militärpolizei Jandarma vorgeladen, bis er eines Tages von einer solchen Vorladung nicht mehr zurückkehrte. Zuvor war Siddik Kaya mindestens zehnmal durch den in dem Polizeiposten aktiven Geheimdienstunteroffizier Celal Sen festgenommen und gefoltert worden. Bereits seit über 40 Tagen wird auch Atilla Koc aus Mus vermißt. Aus Angst vor Repressionen hat seine Familie keine offiziellen Anfragen bei der Polizei gestellt. Beide Fälle erinnern an die Verschleppung von zwei Funktionären der prokurdischen HADEP-Partei vor fast zwei Jahren in Silopi. Auch von diesen Verschwundenen fehlt nach ihrer Vorladung zur Gendarmerie jede Spur. Es wird davon ausgegangen, daß sie von der Konterguerilla ermordet wurden.

Auch aus anderen kurdischen Provinzen werden Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte gemeldet. In Diyarbakir verschleppten und mißhandelten Zivilpolizisten einen zwölfjährigen Jungen, weil sie ihn mit seinem älteren Bruder verwechselten. In der Provinz Hakkari gab es eine Reihe von Folterfällen durch die Militärpolizei und in Siirt eine extralegale Hinrichtung. IHD-Vertreter Hanefi Isik erklärte gegenüber der Mesopotamischen Nachrichtenagentur MHA: „Bevor der Ausnahmezustand eingeführt wurde, fanden ständig derartige provokative Vorfälle statt. Das

gleiche passiert jetzt wieder, da der Ausnahmezustand aufgehoben wird. Die neue Regierung hat große Versprechungen gemacht. Es hieß, es werde keine Folter mehr geben. Ich nehme an, daß die „Kräfte der Dunkelheit“ erneut in Aktion getreten sind, um diese Versprechungen ins Leere laufen zu lassen. Die Atmosphäre in der Region soll mit dieser Art von Vorfällen angeheizt werden.“ (Quelle: *junge Welt*, 10.12.2002 Nick Brauns)

Das Todesfasten

Durch die Beteiligung von 8 Gefangenen in den F-Typ Gefängnissen von Kandira, Tekirdag, Sincan und Kiriklar, dem Spezialgefängnis von Kütahya und den Haftanstalten von Manisa und Bakirköy hat sich die Zahl der im Todesfasten befindlichen Personen wieder auf 20 erhöht. (Quelle: *Cumhuriyet* vom 11.10.2002)

Strafe gegen Folterer bestätigt

Die 8. Kammer des Kassationsgerichtshofs hat die Strafen gegen 6 Polizisten im Zusammenhang mit dem Foltertod von Baki Erdogan bestätigt. Der Student war als vermeintlicher Führer der DHKP/C am 11. August 1993 in Aydin festgenommen worden. Er starb am 21. August. In der 3. Auflage des Prozesses hatte das Strafgericht in Aydin am 5. März auf dem ursprünglichen Urteil bestanden. Dies war zuvor einmal von der 8. Kammer und einmal von der Kammerversammlung des Kassationsgerichtshofs aufgehoben worden. Bei den Verurteilten handelt es sich um: Ibrahim Türedi, Necmettin Aydin-kaya, Cavit Sandikçi, Abdurrahman Çetinkaya, Ali Kumal und Ayhan Erdal. (Quelle: *TIHV* vom 12.12.2002)

Folter an Kindern in Istanbul

Fünf Kinder in Istanbul haben Vorwürfe wegen Folter auf der Polizeistation in Beyoglu erhoben. Am 23. November wurden sie Zeugen, wie der Polizeibeamte Ahmet Ünlü einen von ihnen, Bora Sezik anschoss. Dieser erlag später seinen Verletzungen im Krankenhaus in Taksim. A.U. (15) berichtete: „Ein betrunkenen Mann kam in Begleitung von 2 Transvestiten auf unsere Gruppe von 15 Kindern zu. Bora bat ihn um eine Zigarette, wurde aber von dem Mann geschlagen. Bora schlug zurück und der Mann zog eine Pistole. Er feuerte zwei Mal und eine Kugel traf Bora in den Magen. Der Mann lief weg und wir hinterher. Als wir ihn verprügelten, kam die Polizei. Wir haben uns entfernt und unseren Freund ins Krankenhaus gebracht. Dort fand uns die Polizei. Drei Freunde und ich wurden in eine Zelle gesperrt. Wir verlangten nach einem Anwalt, aber es wurde keiner bestellt. Unsere Eltern wurden auch nicht benachrichtigt. Später brachten sie den älteren Bruder von Bora, Tufan Fetih Sezik. Er wurde in eine andere Zelle gesperrt. Drei Tage lang erhielten wir nichts zu essen. Wir wurden geschlagen, besonders am Ende, als wir Aussagen unterschreiben sollten.“ Der ältere Bruder von A.U. F.U. sagte: „Wir wurden ständig geschlagen, um zuzugeben, dass wir den Mann ausrauben wollten, ihm die Pistole abnahmen und selber damit geschossen hätten. Das haben wir nicht akzeptiert. Ich wurde mit kaltem Wasser unter Hochdruck abgespritzt. Sie zogen mich splinternackt aus und legten mich auf den Betonboden. Sie quetschten meine Hoden und schlugen mich, damit ich die anderen Kinder beschuldigte.“ Die Kinder richteten sich an den IHD Istanbul. Dort wurden sie von einem Arzt

der TIHV untersucht. Der Anwalt Bülent Kurt hat unterdessen Strafanzeige für die Kinder gestellt. (Quelle: *Özgür Gündem* vom 13.12.2002)

Folter in Silivri

4 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren haben sich wegen Folter auf der Gendarmeriestation in Silivri beschwert. Sie gehörten zu 7 Jugendlichen, die nach einem Streit in dem Dorf Akören am 3. September festgenommen worden waren. Die Anwältin Leyla Dilbaz gab an, dass der Unteroffizier, Aydin Kaçmaz, die Jugendlichen mit einem Schlagstock und einem nassen Handtuch verprügelte. Die Jugendlichen sollen Atteste erhalten haben, dass sie gefoltert wurden. Dennoch trauten sich 3 von ihnen nicht, eine Strafanzeige zu stellen. (Quelle: *Cumhuriyet* vom 13.12.2002)

Türkin hungert sich zu Tode - mehr als 100 Opfer in zwei Jahren

In der Türkei hat sich erneut ein Mensch aus Protest gegen die Haftbedingungen in den Hochsicherheitsgefängnissen zu Tode gehungert. Die zu lebenslänglicher Haft verurteilte Linksextremistin Feride Harman starb in der Nacht zum Montag in einem Haus in Istanbul, wie die Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Dort hatte sie ihren Hungerstreik fortgesetzt, nachdem sie Ende August wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes aus der Haft entlassen worden war.

Harman war Mitglied der Revolutionären Volksbefreiungspartei/Front (DHKP/C). Die vor mehr als zwei Jahren begonnenen Hungerstreiks haben bislang mehr als 100 Häftlinge und Sympathisanten mit dem Leben bezahlt. Mehr als 60 hungerten sich zu Tode. Die anderen starben bei blutigen Militär- und Polizeiaktionen, mit denen der Widerstand der Häftlinge sowie von Unterstützern außerhalb der Gefängnisse gebrochen werden sollte. Die Proteste richteten sich gegen die angebliche Isolationshaft in den Gefängnissen. Verhandlungen mit den Hungerstreikenden lehnte die türkische Regierung bisher stets ab. (Quelle: *dpa*, 16.12.02)

Verschärfte Unterdrückungen gegen die Kurden in Ost-Kurdistan

Wie bereits in den letzten Monaten berichtet wurde, hat das Mulla-Regime im Iran weitere Maßnahmen zur Einschüchterung des kurdischen Volkes getroffen. Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage und politischen Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung nahmen die Protestaktionen der Kurden in der letzten Zeit zu. Andererseits hat sich die politische Situation der Kurden in Süd-Kurdistan nach dem Zusammenschluss des kurdischen Parlaments positiv entwickelt, was sich auch positiv auf die Kurden im Iran auswirken kann. Gegen diese positiven Entwicklungen haben sich die iranischen Machthaber, vor allem aber der sogenannte Reformpolitiker, Präsident Chatmi, in Form von Bedrohungen geäußert. Zu den verschärften Unterdrückungsmaßnahmen gehören unter anderem:

- Verstärkung der militärischen Präsenz vor allem an der Grenze zu Süd-Kurdistan
- Rekrutierung von regionalen Kollaborateuren und Ausbau von geheimdienstlichen Netzen

- Eine Welle von Hinrichtungen der politischen Gefangenen in Kurdistan
- Entführung und Verschwindenlassen von mehreren kurdischen Aktivisten
- Willkürliche Verhaftungen, zuletzt über 80 Personen in der Stadt Sanandaj und Umgebung
- Vorladung, Vernehmung und Bedrohung von zahlreichen Personen, die verdächtig seien, den kurdischen Oppositionellen nahe zu stehen.
- Bedrohende Anrufe bei kurdischen Familien, deren Angehörige in Europa sind
- Verschärfung der Pressegesetze und Einschüchterung der Journalisten und Schriftsteller
- Verbreitung von einer Rassistischen Hetze gegen die Kurden in staatlichen Presse

(Quelle: Pressebericht von Komala, Nr. 89, 22.11.02)

Plünderungen durch iranische Militärs

Sicheren Quellen zufolge haben bewaffnete Plünderer in den letzten Wochen mehrfach die Dörfer „Bowane“ und „Merwarid“ in der Nähe der kurdischen Stadt „Kamyaran“ angegriffen und dabei haben sie den Dorfbewohnern ihr Hab und Gut, vor allem ihr Vieh geraubt und mitgenommen. Die Räuber trugen Masken und schlugen die protestierenden Menschen brutal zusammen. Obwohl sich die Dorfbewohner mehrmals an die für die Sicherheit der Region zuständigen Behörden gewandt haben, haben diese Behörden bislang nichts dagegen unternommen. Dorfbewohner vermuten aber die iranischen Militärs und andere Kollaborateure hinter dieser Tat. Dies alles passierte vor den Augen der dort stationierten Sicherheitskräfte. Die Ausplünderer werden sogar von Militärs unterstützt und bekommen von ihnen auch Waffen, so die Dorfbewohner. Damit will das Regime ein Klima der Unsicherheit und Angst in der Region verbreiten. (Quelle: Pressebericht von Komala, Nr. 89, 22.11.02)

Terror auf offener Straße

Am Mittwoch, 16.11.02 um 21.00 Uhr wurde ein kurdischer Aktivist mit dem Namen Manssur Maarufi, Anhänger der demokratischen Partei Kurdistan-Iran auf offener Straße in der kurdischen Stadt „Bokan“ von iranischen Militärs erschossen. Manssur war 26 Jahre alt, in der Stadt Bokan geboren und kam aus ärmeren Familienverhältnissen. Nach dem Hauptschulabschluss hat er sich den „Peschmergas“ der demokratischen Partei Kurdistan angeschlossen. Die Partei hat diesen Bericht in einem Flugblatt bekannt gegeben und die Tat der iranischen Militärs scharf verurteilt.

(Quelle: Kurdistan, Auslandsausgabe, Nr. 16, 21.11.02)

Ethnische Säuberung des irakischen Regimes dauert an

Der Irak setzt seine Arabisierungspolitik in den kurdischen Gebieten, die noch unter seiner Kontrolle sind, fort. In der letzten Zeit hat das Regime 300 beschlagnahmte Grundstücke der Kurden in der Stadt Kekuk unter neu gesiedelten Arabern aufgeteilt, die aus dem Süden des Iraks stammen. Weitere Grundstücke in einer Fläche von 200 „Donem“ (ein Donem in Irak ist eine Fläche von 2500 m²) wurden auf 150 arabische Familien aufgeteilt. Sie wurden auch vor kurzem nach Kurdistan gebracht

und sind in den kurdischen Dörfern „Haweje“, „Debz“ und „Terkelan“ angesiedelt.

Einem Bericht der „United Press“ zufolge, hat das Regime in Bagdad Baumaterialien in Höhe von 400 t aus Bagdad nach Kekuk geschickt und dort unter den neuen arabischen Familien verteilt. Das soll die erste Hilfe für sie sein, um für sich neue Häuser auf den Grundstücken von vertriebenen Kurden zu bauen.

Bald sollen weitere Baumaterialien in einer Menge von 50 t Zement, Gips und Bausteine für neue Häuser den gesiedelten Arabern in der Stadtteilen „Tepay Mella Abdulla“, „Mahata“, „Tasin“ und „Horriye“ als Hilfe zur Verfügung gestellt werden. (Quelle: Alay Azadi, Nr. 491, 18.11.02)

KURDEN IN SYRIEN Mehr Menschenrechte

Eine Gruppe von etwa 50 Kurden hat gestern mit einem Sitzstreik vor dem Parlament in Damaskus für die Gleichbehandlung der Volksgruppe in Syrien demonstriert. Kurden in Syrien würden wie Ausländer behandelt, obwohl sie loyale Bürger seien, hieß es in einer Presseerklärung. (Quelle: taz Nr. 6927 vom 11.12.2002 (dpa))

EU gegen Schlepperbanden

Die 15 EU-Staaten wollen verstärkt gegen Menschenschmuggel und Asylmissbrauch vorgehen. Die europäischen Innenminister beschlossen am Donnerstag in Brüssel ein einheitliches Vorgehen gegen Schlepperbanden. Menschenschmuggel soll künftig EU-weit mit Gefängnisstrafen bis zu acht Jahren geahndet werden. Außerdem wird den Schmugglern die Ausübung des Berufes verboten, den sie bei der Straftat ausübten. Das könnte Lastwagenfahrer, Spediteure oder Reiseveranstalter betreffen, wenn sie Menschen illegal in die EU bringen. In der Asylpolitik wollen die Minister mit gemeinsamen Aufnahmeeregeln verhindern, dass Bewerber sich ein für sie besonders vorteilhaftes EU-Land aussuchen. Ein formaler Beschluss stand zunächst noch aus. Deutschland verhinderte eine Vorgabe, die Asylbewerbern nach spätestens einem Jahr automatisch Zugang zum Arbeitsmarkt erlaubt hätte. (Quelle: (dpa) taz, 29.11.2002)

Enge Zusammenarbeit zwischen Türkei und Griechenland bei der Abschiebung der kurdischen Flüchtlinge

Türkische und Griechische Behörden auf Regierungsebene haben sich auf eine Zusammenarbeit geeinigt, wonach Griechenland in Zukunft kurdische Flüchtlinge, die über die Türkei nach Griechenland fliehen, wieder in die Türkei abzuschicken. Nach dieser Vereinbarung sind bis jetzt Hunderte von Kurden in Griechenland festgenommen und den türkischen Behörden übergeben worden. Politische Beobachter meinen, dass diese neue Kooperation zwischen beiden Ländern auf das Erfüllen von Aufgaben der Türkei zurückkehrt, die sie im Falle eine Übernahme in die EU zu erledigen hat, nämlich die Abschottung der europäischen Grenzen.

Im Monat Oktober dieses Jahres haben die türkischen „Grenzschützer“ mehrfach Waffen gegen Flüchtlinge eingesetzt, wobei drei afghanische Flüchtlinge getötet wurden. Deren Leichen wurden danach von den Bewohnern des Dorfes „Islam“, wo weitere umgekommene Flüchtlinge beerdigt wor-

den sind, aufgefunden und dort beigesetzt. Wenig später haben vier Kurden das gleiche Schicksal erlitten. Zwei von ihnen sind bei der Verfolgung türkischer Soldaten ums Leben gekommen. Von zwei weiteren fehlt bislang jede Spur.

Auch in Griechenland werden nun die dort lebenden kurdischen Flüchtlinge misshandelt und sind

BERNAMA KURDI bekommt einen neuen Sendeplatz!

Vom neuen Jahr immer samstags abends von 19.00 - 19.30 Uhr. Start ist am 04. Januar 2003 mit einer

Repressalien ausgesetzt. Diese Misshandlungen wurden von mehreren politischen Kreisen und Persönlichkeiten, darunter der berühmte Journalist „Reha Mochtar“ scharf kritisiert. (Quelle: Hawelati, Nr. 100, 25.11.02)

Schwerpunktsendung zum Thema „Kurdische Selbstständige“. Wiederholt wird die Sendung jeweils sonntags von 21.30 - 22.00 Uhr auf WDR Funkhaus Europa. (Quelle: Funkhaus Europa Redaktion Bernama Kurdi)

Verehrte Leserinnen und Leser,

Der WID 175 ist die letzte Ausgabe unseres Menschenrechtsinformationsdienstes in diesem Jahr.

Aus diesem Anlaß möchten wir uns bei allen Adressatinnen und Adressaten bedanken, die in diesem Jahr uns sowohl moralisch als auch finanziell unterstützt haben.

Wir wünschen Ihnen allen ein fröhliches Neujahrsfest und ein friedliches und erfolgreiches neues Jahr.

Ihr IMK-Team

Neue Publikation

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

der IMK e.V. möchte alle Interessierten und MitarbeiterInnen in der Flüchtlingsarbeit auf die Diplomarbeit von Herrn Mehmet Bayval zum Thema „Psychosoziale Entwicklung von Kinderflüchtlings“ hinweisen.

In der Diplomarbeit werden die Rahmenbedingungen, unter denen Kinderflüchtlinge in der Bundesrepublik leben, dargestellt. Hierbei werden psychologische, soziologische, ethnologische, politische, und rechtliche Gesichtspunkte berücksichtigt.

Im ersten Teil der Diplomarbeit werden die notwendigen Definitionen, die Fluchtursachen, Statistiken und internationale bzw. nationale gesetzliche Grundlagen veranschaulicht. Hierbei handelt es sich, um Fragen des Bleiberechts, um Aufenthaltstitel, sowie, um Einreiseverfahren.

Im zweiten Teil werden die konkrete Lebenssituation, die psychosoziale Entwicklung der Kinderflüchtlinge – z.B. in den Bereichen Unterbringung, Bildung und Identitätsentwicklung, unter Herausarbeitung der Maßnahmen, die die Lebenssituation der jungen Flüchtlinge beeinflusst – im Mittelpunkt stehen.

Die Diplomarbeit kann in gebundener Form bei uns gegen die Errichtung eines Betrages von 6,-- Euro (inkl. Versandkosten) bestellt werden.

FOTOAUSSTELLUNG

des IHD-Vorstandsmitglieds Saban Dayanan in Wiesbaden

Der Flüchtlingsrat Wiesbaden hat eine Fotoausstellung von Saban Dayanan organisiert. Parallel dazu werden Veranstaltungen zur Türkei durchgeführt. Nähere Informationen über Flüchtlingsrat Wiesbaden, Tel.: 0611 / 49 52 49 oder email: fluechtlingsrat@naspa-online.de

Wie zuvor auch diesmal möchten wir an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere web-Seiten hinweisen, die interessante Beiträge enthält:

- „Die Quadratur des Kreises , von *Ofra Bengio (in Deutsch und Englisch)*
- *Die gemeinsame Presseerklärung von GfbV, KOMKAR, Kurdische Gemeinde in Deutschland und IMK e.V. vom 24. Oktober (in Deutsch)*
- *Ein Bericht der Turkish Daily News über das Dorfschützersystem (Deutsch und Englisch)*
- *Presseerklärung des IMK e.V. zum 40. Jahrestag der rassistischen Sondervolkszählung in Syrien (Deutsch)*
- *Eine Analyse über das Verhalten der türkischen Medien während des Bundestagswahlkampfes in Deutschland (Deutsch)*
- *Ein Jahresbericht der PSK über die Entwicklungen in der Türkei und Nord-Kurdistan (Deutsch und Englisch)*
- *Ein Artikel von Ashiti Amir über Syrien und Syrisch-Kurdistan (Deutsch)*
- *Die Erklärung der PSK zum „EÜ-Anpassungspaket“ des Türkischen Parlaments (Deutsch und Englisch)*
- *Der Artikel „Kurden und Kurdistan“ von Shahin Sorekli aus Australien (Englisch)*

Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihre Redaktion

ISSN 1438- 08 Herausgeber: IMK e.V., Postfach 07 38, D-53137 Bonn, Telefon: + 49 228 362 802,

Fax: + 49 228 363 297, E-Mail: IMK-Bonn@t-online.de und imkkurds@aol.com

Besuchen sie auch unsere Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: **Euro 92,00**
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: **Euro 46,00**
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: **Euro 31,00**

Spendenkonto: Volksbank Bonn (BLZ: 380 60 186), Konto-Nr.: 201 246 90 23

BITTBRIEF DES IMK e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freundinnen und Freunde,

seit Januar 1999 geben wir mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung NRW und des Diakonischen Werkes in Stuttgart unseren Menschenrechtsinformationsdienst (WID) in deutscher und englischer Sprache heraus.

Diesen regelmäßigen Informationsdienst in zwei Sprachen versenden wir per e-mail, Fax und Post an ca. 3.400 Adressaten weltweit.

Neben dieser regelmäßigen Dienstleistung, führen wir zu aktuellen Menschenrechtsthemen in der Türkei, im Iran, Irak und Syrien Tages- und/oder Wochenendveranstaltungen entweder allein, oder in Kooperation mit anderen Organisationen und Institutionen durch.

Unsere seit 1995 jährlich Anfang Dezember in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Bad Boll durchgeführten Wochenendtagungen sind Beispiele für die Kontinuität unserer Menschenrechtsarbeit.

Der IMK e.V. bringt zu aktuellen Themen Berichte heraus und führt Studien durch. Das Erstellen von Gutachten und Stellungnahmen gehören ebenso zu unseren Aktivitäten im Bereich der Menschenrechtsarbeit. Für Hunderte von Flüchtlingsräten und –initiativen, Rechtsanwälte und Gerichte, sowie für internationale Gremien sind wir seit Jahren Gesprächs- und Kooperationspartner.

Gerade in einer Phase, in der wir glaubten, eine mittelfristige Kontinuität unserer Menschenrechtsarbeit erreicht zu haben, traf uns leider eine Hiobsbotschaft. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat im Mai dieses Jahres eine Haushaltssperre verkündet, die gerade auch unseren Aktivitätenbereich „Menschenrechte“ bzw. „Menschenrechtsinformationsdienst“ getroffen hat.

Durch die Haushaltssperre sind die für unsere Menschenrechtsarbeit geplanten Mittel in Höhe von 46.000,00 Euro vom Finanzministerium in Düsseldorf nicht freigegeben worden, obwohl wir seit Beginn des Jahres Vorleistungen erbracht haben.

Durch diese Hiobsbotschaft ist unsere Organisation in arge Finanznot geraten, vor allem unser Menschenrechtsinformationsdienst ist am härtesten betroffen.

Wir möchten sehr gerne diesen Informationsdienst fortsetzen. Seine Kontinuität sollte nicht nur für jetzt, sondern auch für die Zukunft bewahrt werden. Die Adressatinnen und Adressaten sind nach ihren eigenen Angaben mit diesem Dienst sehr zufrieden, weil sie ihn in ihrer Arbeit gut einsetzen können, und zwar, sowohl im Flüchtlingsberatungs- und Betreuungsbereich, als auch in der politischen Arbeit.

In diesem Zusammenhang möchten wir uns bei all jenen bedanken, die in der Vergangenheit durch Ihr Solidaritätsabonnement, Ihre Fördermitgliedschaft, oder einmaligen Spenden, uns finanziell unterstützt und somit einen wichtigen Beitrag für die Fortsetzung unserer Arbeit geleistet haben.

In diesem Jahr sind wir gerade nach dem Wegfall von eingeplanten Projektmitteln durch die Haushaltssperre im Land NRW auf Ihre tatkräftige Hilfe angewiesen. Wir hoffen, unsere Menschenrechtsarbeit im nächsten Jahr, mit Ihrer Hilfe, fortsetzen und intensiver gestalten zu können.

Wir bitten Sie, Ihre Spenden, Beträge für Soli-Abos und Fördermitgliedschaft auf unser oben aufgeführtes Spendenkonto zu überweisen.

In diesem Sinne bedanken wir uns im voraus bei Ihnen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

für den Vorstand

gez.

Abubekir Saydam

(Büroleiter)